

Unbekannte werfen Gegenstände

Polizei sucht Zeugen für Vorfall auf A 61

SWISTTAL-OLLHEIM. Nach einem gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr, der sich am Samstag, 23. Oktober, in Swisttal-Ollheim ereignet haben soll, sucht das Verkehrskommissariat 2 der Bonner Polizei Zeugen.

Laut Zeugenaussagen sollen zwei Jugendliche gegen 14.50 Uhr Gegenstände von der Brücke (Verhovener Weg) auf die darunterliegende Autobahn 61 geworfen haben. Die zuständigen Polizeibeamten konnten keine Personen mehr antreffen, jedoch wurden auf der Fahrbahn Richtung Koblenz mehrere größere Holzteile aufgefunden, wie die Polizei mitteilt.

Bei den Tatverdächtigen soll es sich um Kinder oder Jugendliche gehandelt haben, bekleidet mit einer blauen und einer roten Jacke. Nach derzeitigem Ermittlungsstand wurde im Bereich des Tatorts ein blauer Transporter gesehen, der sich den Tatverdächtigen genähert haben soll.

Bislang haben sich keine Geschädigten bei der Polizei gemeldet. Diese und mögliche Zeugen, aber auch insbesondere der Fahrzeugführer des blauen Transporters, werden gebeten, sich bei der Polizei unter der Rufnummer ☎ 02 28 / 50 zu melden. *luj*

Polizei identifiziert weitere Stoffe

Chemikalien-Fund in Roisdorfer Wohnung

BORNHEIM-ROISDORF. Die Polizei hat weitere Erkenntnisse zu dem Chemikalienfund in Roisdorf von Freitagabend gewonnen. Wie Polizeisprecher Michael Beyer dem General-Anzeiger am Dienstag sagte, seien in der Wohnung an der Klarenhofstraße neben Ameisensäure auch Amphetamin, Kokain und Cannabis gefunden worden – sowie weitere Behältnisse mit Substanzen, die noch untersucht würden.

Wie berichtet, waren Kräfte von Polizei und Feuerwehr am Freitagabend bis gegen 22.30 Uhr an der Klarenhofstraße im Einsatz und hatten zahlreiche Stoffe sichergestellt. Der Fund geschah zufällig, da der 21-jährige Bewohner der Wohnung selbst bei der Polizei angerufen hatte. Wie Beyer am Dienstag sagte, habe der Mann vor Ort ein „eigengefährdendes Verhalten“ gezeigt. In der Folge wurde er in eine Klinik eingewiesen. Aktuell ermittelt die Polizei laut Beyer wegen des Verdachts auf Handel mit Betäubungsmitteln. Die Ermittlungen dauerten aber noch an. *meu*

Martinsmarkt abgesagt

WORMERSDORF. Wie bereits im vergangenen Jahr muss der Martinsmarkt in Wormersdorf aufgrund der Coronapandemie abgesagt werden. Zum Schutz der Besucher müsse ein umfassendes Hygienekonzept erstellt und umgesetzt werden, teilte der Martinsverein Wormersdorf mit.

Dies sei für den jungen Verein personell nicht durchführbar. „Wir hatten bereits das komplette Programm erstellt, die Aussteller im Boot und die vielen Musikgruppen und Unterstützer in den Startlöchern stehen. Jedoch muss an dieser Stelle mit Vernunft agiert werden und der Gesundheitsschutz steht hier über allem! Nach intensiver Diskussion im Vorstand haben wir daher die Entscheidung getroffen, den Martinsmarkt in diesem Jahr auszusetzen“, erklärt der Vereinsvorsitzende Timo Wilhelm-Buchstab. *luj*

Der Hang rutscht weiter Richtung Rhein

Land und Bund streiten seit Jahren um die Sanierung des Bornheimer Rheinufer. Juli-Unwetter hat die Situation verschärft

VON CHRISTOPH MEURER

BORNHEIM. Das rot-weiße Schild ist dreieckig. Ein schwarzes Ausrufezeichen ist darauf zu sehen. Darunter steht die unmissverständliche Warnung: „Gefahr von Hangrutschung“. Das Schild steht auf dem Rheinuferweg im Bornheimer Stadtteil Widdig, unmittelbar gegenüber dem Haus von Ralf Stark. Im August 2015 hatte sich Stark neben das Schild gestellt, um sich für den General-Anzeiger fotografieren zu lassen. Kürzlich hatte sich der Anwohner wieder für ein Foto dort positioniert.

Seit 2015 hat sich das Schild deutlich sichtbar in Richtung des Hangs hinunter zum Rhein geneigt. Das Rheinufer in Widdig, Uedorf und Hersel war in Bewegung und ist es weiterhin. Und der Starkregen Mitte Juli, der das Ahrtal und die Voreifel überflutete, hat offenbar eine unheilvolle Dynamik in die Sache gebracht. Seit 2012 wohnt Rechtsanwalt Stark mit seiner Familie in Widdig. So deutlich wie nach dem Starkregen sei der Hang noch nie gerutscht, sagt er. „Man kann quasi dabei zuschauen“, so Stark. Risse im Asphalt des Rheinuferwegs sind mitunter geflickt worden und schon wieder aufgebrochen.

Wer auf dem Rheinuferweg spazieren geht, kann die Risse und Bruchkanten in der Tat nicht übersehen, ebenso wie die zahlreichen ausgebesserten Stellen. Könnte es irgendwann zu einem größeren Hangrutsch kommen? Wären dann auch Häuser und mit ihnen Menschenleben gefährdet? Auszuschließen ist das nicht. Eine umfassende Sanierung des Hochufers, eventuell mit Spundwänden, könnte helfen. Doch passiert ist bislang nichts.

Dabei steht die Notwendigkeit der Sanierung außer Frage. Aber wer ist dafür zuständig und muss folglich dafür bezahlen? Um die Antwort auf diese Frage streiten sich Land und Bund bereits seit Jahren, auch unter Vermittlung des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster im Rahmen eines sogenannten Güterichterverfahrens. Das Land wird durch das Landesumweltministerium vertreten, der Bund wiederum durch die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV).

In dem Streit geht es nicht nur um die in Rede stehende Sanierung, sondern auch um eine provisorische Hangsicherung mittels tonschwerer Steine, die vor zehn Jahren erfolgte. Bereits das kostete rund 1,4 Millionen Euro. Bevor diese Arbeiten erfolgt waren, hatten Land und Bund vereinbart, sich die Kosten zunächst zu teilen und dann gerichtlich klären zu lassen, wer letztlich für das Rheinufer zuständig ist. Gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln von Juli 2015, dass der Bund zahlen müsse, hatte die WSV beim OVG Antrag auf Zulassung der Berufung eingereicht, dem auch stattgegeben wurde. Seit Jahren ist das in der Folge vom OVG initiierte Güterichterverfahren anhängig. Ziel ist, dass sich Land und Bund ohne einen Richterspruch, also gütlich, einigen. Ein Ergebnis ist aber nicht in Sicht.

Bereits vor der Unwetterkatastrophe hatte die Stadt Bornheim ver-



Ralf Stark aus Widdig neben dem Schild am Rheinufer: Der Warnhinweis hat sich im Lauf der Jahre in Richtung Hang geneigt.

FOTOS: MEURER



Deutliche Brüche und Risse im Asphalt sind an vielen Stellen auf dem Rheinuferweg zu entdecken.

sucht, Bewegung in die Angelegenheit zu bringen und Land und Bund an einem Tisch zu versammeln. Das ist tatsächlich passiert. „Wir haben zusammengesessen“, sagt Bornheims Erster Beigeordneter Manfred Schier. Einen Durchbruch hat es offenbar aber noch nicht gegeben. Er bewerte es positiv, dass Land und Bund die grundlegende Problematik teilen, so Schier.

Land und Bund bleiben in ihren Antworten auf Anfragen des General-Anzeigers ebenso vage. „Es besteht Einigkeit, dass zunächst die fachlichen Grundlagen für die erforderlichen Maßnahmen zu präzisieren sind“, sagt Sebastian Klement-Aschendorff aus dem Pressereferat des Landesumweltministeriums. WSV-Sprecherin Claudia Thoma

teilt mit: „Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Eruiierung der technischen Grundlagen und Rahmenbedingungen, die auch für eine Kostenermittlung erforderlich sind. Weitere Gespräche werden folgen.“

Und die Stadt? Die hat am Rheinufer unter anderem Rohre den Hang hinunter verlegt, damit Wasser nach einem weiteren Starkregen kontrolliert in den Rhein fließt und den Hang nicht weiter aufweicht. Ebenso wurden weitere Messpunkte installiert. Dabei handelt es sich um in den Asphalt eingelassene Metallteile. Deren Abstände werden laut Schier regelmäßig kontrolliert. Vergrößert sich der Abstand zwischen zwei Punkten, ist das ein Beleg dafür, dass sich der Hang bewegt hat. Zudem gelten weiterhin die Einschränkungen für den Verkehr (siehe Info-Kasten).

Altendorf-Ersdorf erstickt im Verkehr

Der Ort leidet unter dem Ausweichverkehr vom Meckenheimer Kreuz. A61 wird erst Anfang 2022 fertig

VON HANJO WIMMEROOTH

MECKENHEIM. „Es ist einiges passiert, kein Schleichweg ist derzeit notwendig“, sagt Marion Lübbelhüsen, die Pressesprecherin der Stadt Meckenheim. Damit meint sie den Verkehr auf der L 471. Der treibt einigen Bürgern inzwischen den Zorn auf die Stirn. Seit der Sperrung der Autobahn A61 vom Meckenheimer Kreuz Richtung Norden fahren zahlreiche Lkw dort ab und kreuzen Richtung Euskirchen über Altendorf-Ersdorf, Wormersdorf und Rheinbach. Das sorgt vor allem in Ersdorf für Staus und gefährliche Situationen.

So sagt etwa Christine Hipke, Mutter von drei kleinen Kindern, dass man höllisch aufpassen müsse, wenn die Kinder vor dem Haus herumstreifen wollen. Auch das Tempo werde nicht beachtet. Zahllose Lkw und Autofahrer hielten sich nicht an die Geschwindigkeit von 30 Kilometern pro Stunde. Dazu komme der

geradezu unerträgliche Lärm, wenn man im Garten sitzen wolle.

Auch Gisela Böschke ist sauer. „Manchmal kommen wir nicht einmal zum Parkplatz vor unserem Haus. Da sind Wartezeiten von zehn Minuten durchaus möglich.“ Ihr Wohnzimmer liegt direkt an der Durchgangsstraße und werde vom höllischen Krach beschallt, das sei „schon schlimm genug“. Auch Böschke sorgt sich um die Kinder: Die könne man im Moment nicht laufen lassen, meint sie.

Die Stadt Meckenheim, so Marion Lübbelhüsen, habe jedoch als anordnungsbefugte Behörde in zahlreichen Gesprächen mit den Ortsvorstehern zumindest für einige Verbesserungen gesorgt. So wurden Schulwege verbessert oder zumindest die Gehwege – wo immer möglich – verbreitert und schnell Schilder zur Geschwindigkeitsbegrenzung aufgestellt. Allerdings gebe es keine rechtliche Vorausset-

zung dafür, das Tempo herunter regulieren zu können.

„Der Bürger unterscheidet nicht zwischen Stadt, Land und Polizei“, so Lübbelhüsen. Die Straße sei eine Landstraße, die leide unter dem Flutgeschehen. Da werde einiges durcheinander geworfen. So habe

die Behörde Straßen.NRW große Probleme, auf diese außergewöhnliche Situation zu reagieren.

Torsten Gaber, Pressesprecher von Straßen.NRW, sagt, man sei zwar zuständig, es gebe aber wenig, was man noch tun könne. „Wir können nur das machen, was die

Straßenverkehrsbehörde vorher anordnet. Zuvor werden wir in einem Anhörungsverfahren befragt.“

Tatsächlich sieht es mau aus: Gerade in Ersdorf sind die Verkehrsverhältnisse schlecht. In einigen Teilen des Stadtteils von Meckenheim schlängelt sich die Straße in engen Kurven fast bis an die Häuser heran. Lkw fahren zwar langsam, sperren aber zum Teil beim Durchfahren die Gegenspur. Staus in beide Richtungen sind die Folge. Eine Verbreiterung der Gehwege würde das Geschehen noch viel weiter beeinflussen, als das ohnehin schon der Fall sei.

Ein Durchfahrverbot Richtung Norden sei auch nicht möglich. Das könne es nur geben, wenn es Alternativen gebe, sagt Gaber. Und die gebe es nicht. So bleibe nur die Hoffnung auf eine Fertigstellung der A 61. Die wird, so der Pressesprecher weiter, aber erst für Anfang 2022 erwartet.



In Ersdorf gibt es wegen der Sperrung der A61 gefährliche Situationen, vor allem für Kinder, und vermehrt Staus.

FOTO: WIMMEROOTH